

Rechtliche Chancen und Hemmnisse für die Überflutungsvorsorge im urbanen Raum

[GGSC]

[Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Rechtsanwältin Sinah Görisch, LL.M.

[GGSC] – Gaßner, Groth, Siederer & Coll. –
Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Berlin/Deutschland

goerisch@ggsc.de

+49 (0)30 726 10 26 10

Rechtliche Chancen und Hemmnisse für die Überflutungsvorsorge im urbanen Raum



Foto © Scherbicator - shutterstock.com



Foto © Frank Schwichtenberg – wikimedia.org

Rechtliche Chancen und Hemmnisse für die Überflutungsvorsorge im urbanen Raum

Gliederung

I. Rechtliche Rahmenbedingungen

1. Definition in Abgrenzung zur Hochwasservorsorge
2. Definition als Teilbereich der Abwasserbeseitigung

II. Instrumente

1. In der Bauleitplanung – Bei Neuplanung
2. In der Bauleitplanung – Planung im Bestand
3. Versickerung, Notwasserwege, Ableitung von Niederschlagswasser, Rückhaltung von Niederschlagswasser

III. Finanzierung und Verantwortlichkeit

IV. Fazit

I. Rechtliche Rahmenbedingungen

- Rechtlich nicht definierter Begriff
- Querschnittsthema (Wasserrecht, Städtebaurecht etc.)
- **Was?** Die Gefahr, die von seltenen und außergewöhnlichen Starkregenereignissen ausgeht, soll ermittelt, bewertet und abgeschwächt werden
- **Warum?** Die Oberfläche von Siedlungsgebieten soll stärker als bisher genutzt werden, um große Mengen an Niederschlagswasser u.a. aufzufangen, abzuleiten, ...

I. Rechtliche Rahmenbedingungen

Definition durch Abgrenzung

- Zur **Hochwasservorsorge**
 - **§ 72 WHG**: *zeitlich begrenzte Überschwemmung von normalerweise nicht mit Wasser bedecktem Land durch oberirdische Gewässer oder durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser*
 - **Folge**: Keine gesetzlichen Anforderungen in Form von Gefahrenkarten, Risikokarten oder –managementplänen, aber auch keine Einschränkungen oder Anforderungen

I. Rechtliche Rahmenbedingungen

Definition als Teilbereich der **Abwasserbeseitigung**

- Niederschlagswasser, § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG
- Abwasseranlagenbegriff nach § 60 WHG
- **Ziel:** langfristige Sicherstellung der Entwässerung bei wirtschaftlich vertretbarem Investitionseinsatz
- Kommunale Abwasserbeseitigungspflicht (Beseitigungskonzept & -Anlagen)
- **BGH:** Schutz für Anlieger und Nutzer im Rahmen des Zumutbaren (Amtshaftung)
- **Grenze:** Höhere Gewalt, aber Veränderungen durch Klimawandel?
- **Problem:** Unklarer Handlungsauftrag

I. Rechtliche Rahmenbedingungen

Überflutungsvorsorge als Teilbereich der **Abwasserbeseitigung**

- **Empfehlung**: verbindliche kommunale Vorsorgeplanung, Neuberechnung der Wiederkehrzeiten, Anpassung Stand d. Technik
- Unabhängig von rechtlicher Verpflichtung
- Planung zur Regenwasserbewirtschaftung
- **Ermittlung** und **Bewertung** örtlicher Risiken
- Höheres Schutzniveau bei Neuplanung
- Erhobene Daten = **Umweltinformationen**
- Auskunftsanspruch auf diese Daten nach § 3 Abs 1 UIG (Amtshaftung)

II. Instrumente

Vermeidung von Versiegelung – Rückbau& Entsiegelung

Wesentliches Ziel der Überflutungsvorsorge:

- Siedlungsfläche besser nutzen
- Versickerungspotential erhöhen
- Instrumente
 - Bodenschutzklausel, § 1 a Abs. 2 S. 1 BauGB
(Nur Optimierungsgebot)
 - Rückbau- und Entsiegelungsgebot, § 179 BauGB
(Notwendige städtebauliche Gründe)
 - Versickerungssysteme

II. Instrumente

In der Bauleitplanung – Bei **Neuplanung**

- Flächen im Bebauungsplan festsetzen, § 9 Abs. 1
Nr. 14: Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser;
Nr. 15: öffentliche und private Grünflächen;
Nr. 20: zum Schutz und zur Pflege von Boden, Natur & Landschaft
- Erforderlichkeit aus städtebaulichen Gründen, § 1 Abs. 1 & 3 BauGB
- Notwendige **Vollzugsfähigkeit** des Bebauungsplans
- **Verursacherprinzip**:

Wer durch die Errichtung baulicher Anlagen die Notwendigkeit schafft, abfließendes Wasser beseitigen zu müssen, soll dafür notwendige Flächen vorhalten

II. Instrumente

Für „privat erzeugtes Wasser“ stellt die Festsetzung von Mulden in privaten Grünflächen eine zulässige Form der „Privatisierung“ der Abwasserbeseitigung dar (BVerwG, Urteil v. 30.08.2001, 4 CN 9/00)



Foto © AxelHH – wikipedia.org

II. Instrumente

In der Bauleitplanung – Planung im **Bestand**

- Nutzung durch Festsetzung, abschließender Katalog in § 9 BauGB
- **Kombination** verschiedener Festsetzungen möglich, solange keine neuen Festsetzungstypen oder Widersprüche entstehen
- Notwendige **Änderung** oder **Ergänzung** eines Bebauungsplans
- **Erforderliche** Planung, § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB (Ob & Wann der Planaufstellung)
- Klimawandel als hinreichend gewichtiger **städtebaulicher Belang**
- „**Nachrüsten**“ über Versickerungsflächen:
Abwasserbeseitigungssatzung und Ordnungsrecht

II. Instrumente

- Notwasserwege:
ordnungsgemäße Unterhaltung



Foto © Evg Zhul - shutterstock.com

- Herausforderung bei der
Gestaltung des urbanen
Raums



Foto © Pramoonm - shutterstock.com

II. Instrumente

- **Konfliktpotentiale** mit anderen Nutzungsanforderungen
- Kanalisierung und Beschleunigung des Wasserabflusses vs. Barrierefreiheit



Foto © ZYX – pixabay.com

II. Instrumente

- Rückhaltung und Speicherung von Niederschlagswasserbecken
- Qualifizierung als **Gewässer**?
- Einbindung in natürlichen Wasserkreislauf: Bei Verdunstung & nach unten abgedichtetem Rückhaltebecken
- Aufwendige Verfahren, Gewässerausbau nach § 67 Abs. 2 WHG (Planfeststellungsverfahren)
- Rigolen

III. Finanzierung und Verantwortlichkeit

- Gemeinde trägt als Pflichtige Kostenlast
- Sobald bauliche Maßnahmen „Verursacher“ der öffentlichen Erschließung sind, sind auch die Vorsorgekosten der Erschließung zuzuordnen
- Unterhalt und Verkehrssicherungspflicht für Verantwortlichen des Hauptzwecks

IV. Fazit

- Kein ausreichender Rechtsrahmen
- Keine Planungspflicht, aber empfehlenswert (bei Fehldimensionierung können Haftungsansprüche entstehen)
- **Empfehlung:** Einbezug in Regelungsbereich für Hochwasserrisiken und verbindliche Vorsorgeplanung, Anpassung an den Stand der Technik
- Bauplanungsrecht bietet Vielzahl an Festsetzungsmöglichkeiten, Umsetzung damit noch nicht gesichert

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



[Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Rechtsanwältin Sinah Görisch, LL.M.

[GGSC] – Gaßner, Groth, Siederer & Coll. –
Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Berlin/Deutschland

goerisch@ggsc.de

+49 (0)30 726 10 26 10